Satzung

für den

„Förderverein der Grundschule an der Guldeinstraße e.V.“

Beschlossen auf der Gründungsversammlung am 24.05.2022

Stand: 24.05.2022

§ 1 Name, Rechtsform, Sitz, Geschäftsjahr

(1) Der Verein führt den Namen „Förderverein der Grundschule an der Guldeinstraße“. Er soll in das Vereinsregister eingetragen werden und führt dann den Zusatz „e. V.“

(2) Sitz des Vereins ist in München

(3) Das Geschäftsjahr ist das Kalenderjahr

§ 2 Zweck und Aufgaben

(1) Der Förderverein hat den ausschließlichen und unmittelbaren Zweck der Förderung von Erziehung und Bildung (§ 52 Abs. 2 Nr. 7 AO), insbesondere durch Förderung der Grundschule, seiner Schülerinnen und Schüler, sowie der Wohlfahrtspflege (§ 66 AO) als Teil des Wohlfahrtswesens (§ 52 Abs. 2 Nr. 9 AO).

(2) Diesem Zweck sollen in erster Linie aber nicht ausschließlich folgende Maßnahmen zur ideellen und materiellen Unterstützung der Guldeinschule dienen:

a) Unterstützung bei der Anschaffung von Lehr-, Lern- und Anschauungsmaterial sowie Ausstattungsgegenstände, wie z.B. der multimedialen, Musikinstrumenten- und Bibliotheks-Ausstattung und der Erhaltung, Erstellung, Gestaltung und die Ausstattung von Räumlichkeiten soweit der Träger die Kosten nicht übernimmt inkl. Wartung und Pflege;

b) die Finanzierung ggf. Einstellung von Hilfskräften, die in Abstimmung mit der Schulleitung die pädagogischen und fachlichen Anliegen der Schule unterstützen, wie z. B. Schülerbetreuungspersonal, Fachkräfte für Arbeitsgemeinschaften, Ergänzungsunterricht für Begabte und Benachteiligte;

c) die Unterstützung von kulturellen und anderen fachlich bezogenen Veranstaltungen der Schule, wie z.B. Schul- und Sportfesten, Projekttag, Schultheater- und Musikaufführungen und deren Vorbereitung, Tagen der offenen Tür, Beteiligung an kommunalen Festen und Veranstaltungen;

d) die Förderung der Zusammenarbeit mit anderen Schulen und Ganztageseinrichtungen, mit kulturellen Einrichtungen, mit Einrichtungen der Jugendpflege, mit medizinischen bzw. psychologischen Diensten;

- e) die Veranstaltung von Vortragsreihen und praxisbezogenen Fachtagungen, die den Schülern, Lehrern und Mitarbeitern der Schule dienlich sind sowie die Veröffentlichung ihrer Ergebnisse;
- f) die Trägerschaft von Schulprojekten.
- g) von Auszeichnungen und Preisen für schulische Wettbewerbe
- h) Außendarstellung der Schule
- i) Unterstützung und Mitgestaltung von Arbeitsgemeinschaften
- j) Gestaltung des Außengeländes
- k) Beschaffung von Sport- und Spielgeräten
- l) die Unterstützung von Frühstücksprojekten oder einer Cafeteria als Zweckbetrieb der Wohlfahrtspflege zur Grundversorgung der Schülerinnen und Schüler der Grundschule mit Speisen und Getränken (AEAO zu § 66 Nr. 5).

§ 3 Steuerbegünstigung

- (1) Der Verein verfolgt ausschließlich und unmittelbar gemeinnützige Zwecke im Sinne des Abschnitts "Steuerbegünstigte Zwecke" der Abgabenordnung (§§ 51 ff. AO). Die Tätigkeit des Vereins ist selbstlos. Er verfolgt nicht in erster Linie eigenwirtschaftliche Zwecke.
- (2) Der Zweck des Vereins ist nicht auf Gewinnerzielung gerichtet. Mittel dürfen nur zu satzungsgemäßen Zwecken verwendet werden. Die Mitglieder erhalten keine Zuwendungen aus Mitteln des Vereins. Es darf keine Person durch Ausgaben, die dem Zweck des Vereins fremd sind, oder durch unverhältnismäßig hohe Vergütungen begünstigt werden.
- (3) Bei Auflösung oder Aufhebung des Vereins gilt die Bestimmung über die Vermögensbindung in § 13 Abs. 2 der Satzung; entsprechendes gilt bei Wegfall steuerbegünstigter Zwecke bzw. der Gemeinnützigkeit.

§ 4 Mitgliedschaft

(1) Ordentliches Mitglied des Vereins kann jede natürliche und juristische Person des Privatrechts oder des öffentlichen Rechts werden, die das Grundgesetz der Bundesrepublik Deutschland bejaht und bereit ist, die in § 2 niedergelegten Ziele zu unterstützen.

(2) Zu Ehrenmitgliedern können Persönlichkeiten ernannt werden, die sich in besonderer Weise um die Ziele des Vereins verdient gemacht haben. Sie werden auf Vorschlag des Vorstandes durch Beschluss der Mitgliederversammlung mit einer Dreiviertelmehrheit der abgegebenen Stimmen ernannt.

(3) Über die Aufnahme als Mitglied entscheidet nach schriftlichem Antrag der Vorstand. Die Aufnahme kann ohne Angabe von Gründen abgelehnt werden. Gegen die ablehnende Entscheidung kann innerhalb eines Monats nach Zustellung die Entscheidung der nächsten Mitgliederversammlung beantragt werden.

§ 5 Beendigung der Mitgliedschaft

(1) Die Mitgliedschaft erlischt durch Tod, Austrittserklärung, Ausschluss oder Streichung von der Mitgliederliste

(2) Austrittserklärungen müssen schriftlich erfolgen und dem Vorstand einen Monat vor Ablauf des Kalenderjahres zugehen. Die verspätete Kündigung wird erst zum Ablauf des nächsten Kalenderjahres wirksam.

(3) Über den Ausschluss eines Mitglieds entscheidet der Vorstand nach Anhörung des Betroffenen. Der Ausschluss eines Mitglieds kann insbesondere erfolgen, wenn das Mitglied die bürgerlichen Ehrenrechte verliert; aus wichtigem Grund, wenn es z.B. beharrlich seinen satzungsmäßigen Verpflichtungen nicht nachkommt oder das Ansehen des Vereins gefährdet. Die Ausschlussgründe sind dem Mitglied schriftlich mitzuteilen. Gegen diesen Bescheid ist innerhalb von zwei Wochen der Einspruch zulässig. Über den Einspruch entscheidet die Mitgliederversammlung.

(4) Ein Mitglied kann durch Beschluss des Vorstandes von der Mitgliederliste gestrichen werden, falls das Mitglied seinen finanziellen Verpflichtungen zwei Jahre nach Fälligkeit trotz zweifacher Mahnung in Textform

nicht nachgekommen ist. Die Streichung muss in Textform angedroht werden. Der Beschluss des Vorstandes über die Streichung soll dem Mitglied mitgeteilt werden.

§ 6 Beiträge und Spenden

(1) Die für die Vereinsaufgaben erforderlichen Mittel werden durch Mitgliedsbeiträge, Sammlungen, Spenden Dritter und sonstige Zuwendungen finanziert.

(2) Über die Mindesthöhe der Mitgliedsbeiträge entscheidet die Mitgliederversammlung. Jedes Mitglied kann sich in der Beitrittserklärung zur Zahlung eines höheren Beitrages verpflichten. Mitgliedsbeiträge sind jährlich jeweils im 1. Quartal im Voraus für das laufende Kalenderjahr zu entrichten. Im Voraus bezahlte Mitgliedsbeiträge sowie sonstige Spenden werden nicht zurückerstattet; den Mitgliedern auch nicht bei ihrem Ausscheiden aus dem Verein oder im Fall seiner Auflösung.

§ 7 Vereinsorgane

Organe des Vereins sind:

1. Mitgliederversammlung
2. Vorstand
3. Kassenprüfer/in

§ 8 Mitgliederversammlung

(1) Die ordentliche Mitgliederversammlung ist das höchste Vereinsorgan. Ihr obliegt insbesondere:

- a) die Entgegennahme des Jahres- und Kassenberichts des Vorstands, des Prüfungsberichts des Kassenprüfers/der Kassenprüferin und Erteilung der Entlastung;
- b) die Bestellung des Vorstands;

- c) die Wahl des Kassenprüfers/der Kassenprüferin;
- d) die Festsetzung des Mindestjahresbeitrages;
- e) die Beschlussfassung über Satzungsänderungen und Auflösung des Vereins;
- f) Beschlussfassung über die Ernennung von Ehrenmitgliedern.
- g) Entscheidungen über Einsprüche gemäß § 5 Abs. 3.
- h) finanzielle Verpflichtungen, die jährlich oder im Einzelfall 5.000 Euro übersteigen.

Im Übrigen beschließt die Mitgliederversammlung über sonstige Punkte der Tagesordnung.

(2) Die ordentliche Mitgliederversammlung muss innerhalb von drei Monaten nach Ablauf eines Geschäftsjahres durch den Vorstand berufen werden. Sie tritt nach Bedarf - mindestens jedoch einmal jährlich – zusammen. Die Einladung hat unter Angabe der Tagesordnung und unter Einhaltung der Einladungsfrist von zwei Wochen vor Versammlungstermin in Textform zu erfolgen.

(3) Jedes Mitglied kann Anträge an die Mitgliederversammlung richten. Diese müssen dem Vorstand in Textform 7 Tage vor der Versammlung zugegangen sein. Über die Zulassung dieser Anträge entscheidet dann die Mitgliederversammlung.

(4) Die außerordentliche Mitgliederversammlung ist zu berufen:

a) auf Antrag des Vorstandes;

b) oder wenn ein Viertel der Mitglieder die Berufung schriftlich unter Angabe des Zweckes und der Gründe dieses verlangt; (§ 37 BGB).

(5) Eine durch ordentliche Mitglieder beantragte außerordentliche Mitgliederversammlung ist innerhalb von vier Wochen nach Zugang des Ersuchens an den Vorstand einzuberufen. Im Übrigen gelten für die außerordentliche Mitgliederversammlung die Bestimmungen für die ordentliche Mitgliederversammlung entsprechend.

(6) Die/der Vorsitzende leitet die Mitgliederversammlung, bei dessen Verhinderung die/der stellvertretende Vorsitzende. Ist auch diese/r verhindert, so bestimmt die Mitgliederversammlung einen/e Versammlungsleiter/in.

(7) Die Mitgliederversammlung beschließt – soweit nicht gesetzlich eine andere Mehrheit zwingend vorgeschrieben ist – mit Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Die Mitgliederversammlung ist beschlussfähig, wenn sie ordnungsgemäß geladen ist.

(8) Jedes Mitglied hat eine Stimme. Im Fall der Stimmengleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden (Stichentscheidungsrecht). Im Falle von Abwesenheit kann maximal eine Stimmberechtigung mittels schriftlicher Vollmacht auf ein weiteres Vereinsmitglied übertragen werden.

(9) Die Wahl der Vorstandsmitglieder, sowie des Kassenprüfers/der Kassenprüferin erfolgt geheim, wenn dies von einem Mitglied beantragt wird, sonst durch offene Abstimmung mit einfacher Mehrheit der abgegebenen Stimmen. Bei Stimmengleichheit ist gewählt, wer im zweiten Wahlgang die meisten gültigen abgegebenen Stimmen auf sich vereinen kann. Ergibt der zweite Wahlgang abermals Stimmengleichheit, so entscheidet das Los. Bewerben sich mehr als zwei Personen für die in § 9 Abs. 1. aufgeführten Ämter und erreicht keine die einfache Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen, so findet eine Stichwahl zwischen den beiden Kandidaten statt, die im ersten Wahlgang die meisten gültig abgegebenen Stimmen erzielt haben. Ergibt der zweite Wahlgang Stimmengleichheit, so entscheidet das Los.

(10) Über die Beschlüsse der Mitgliederversammlung ist ein Ergebnisprotokoll anzufertigen, das vom Versammlungsleiter/in und dem/der Protokollführer/in zu beurkunden ist.

§ 9 Vorstand

(1) Der Vorstand des Vereins setzt sich wie folgt zusammen:

- a) Vorsitzende/r (Vorstand im Sinne des § 26 BGB)
- b) stellvertretende/r Vorsitzende/r (Vorstand im Sinne des § 26 BGB)
- c) Kassenwart/in (Vorstand im Sinne des § 26 BGB)

(2) Der Vorstand wird von der Mitgliederversammlung für eine Amtszeit von zwei Jahren gewählt; Wiederwahl ist möglich. Eine Amtszeit von einem Jahr kann in Ausnahmefällen z.B. bei Übergangsperioden scheidender Vorstandsmitglieder von der Mitgliederversammlung gebilligt werden.

Scheidet ein gewähltes Mitglied des Vorstandes während der Amtsdauer aus, so ergänzt sich der Vorstand bis zur nächsten Wahl durch Hinzuwahl eines Mitgliedes, wobei nach freiem Ermessen eine Änderung der Geschäftsverteilung vorgenommen werden kann.

(3) Ein Vorstandsmitglied kann nur aus wichtigem Grund abberufen werden. Wichtige Gründe sind insbesondere grobe Pflichtverletzung sowie Unfähigkeit zur ordnungsgemäßen Geschäftsführung.

(4) Der Vorstand bleibt über seine Amtszeit hinaus bis zur satzungsgemäßen Bestellung des nächsten Vorstandes im Amt.

(5) Der Vorstand kann zu seiner Unterstützung Beiräte berufen. Diese haben im Vorstand und in der Mitgliederversammlung, sofern sie Nichtmitglied sind, beratende Stimme.

(6) Der Vorstand kann über alle ihm durch die Satzung oder Mitgliederversammlung übertragenen Angelegenheiten des Vereins beraten und beschließen, sofern hierfür nicht die Mitgliederversammlung zuständig ist. Er führt der Vorstand die laufenden Geschäfte des Vereins. Er kann den Vorsitzenden oder Vorstandsmitglieder widerruflich zur Führung einzelner Geschäfte bevollmächtigen und auch besondere Zuständigkeiten auf einzelne Mitglieder übertragen. Ihm obliegen insbesondere:

a) Aufstellung des Jahresberichts und der Jahresrechnung;

b) Festsetzung allgemeiner Richtlinien;

c) Beschlussfassung über die Aufnahme und den Ausschluss von Mitgliedern.

(7) Der Vorstand wird vom Vorsitzenden nach Bedarf - mindestens jedoch einmal jährlich - einberufen. Er ist einzuberufen, wenn ein Drittel der Vorstandsmitglieder dies verlangt. Die Tagesordnung braucht nicht angekündigt zu werden. Eine Einberufungsfrist von einer Woche soll eingehalten werden.

(8) Der Vorstand ist beschlussfähig, wenn mehr als die Hälfte seiner Mitglieder anwesend ist. Bei Beschlussunfähigkeit beruft der Vorsitzende innerhalb einer Woche erneut eine Sitzung ein. Diese ist ohne Rücksicht auf die Zahl der erschienenen Mitglieder beschlussfähig. Hierauf ist bei der Einladung hinzuweisen.

(9) Beschlüsse werden mit einfacher Mehrheit der abgegebenen gültigen Stimmen gefasst; Stimmenthaltungen gelten als ungültige Stimmen. Bei Stimmgleichheit entscheidet die Stimme des Vorsitzenden, bei dessen Abwesenheit die des stellvertretenden Vorsitzenden.

(10) Über die Sitzungen ist eine Niederschrift zu fertigen, die vom Vorsitzenden und Schriftführer unterzeichnet wird.

(11) Der Vorstand kann im schriftlichen Verfahren beschließen, wenn alle Vorstandsmitglieder dem Gegenstand der Beschlussfassung zustimmen.

§ 10 Vertretung

Der Verein wird vom Vorstand gerichtlich und außergerichtlich vertreten. Zur Vertretung ist auch der Vorsitzende allein berechtigt. Im Übrigen kann der Verein jeweils durch zwei Vorstandsmitglieder gemeinsam vertreten werden, darunter der stellvertretende Vorsitzende.

§ 11 Rechnungslegung & Kassenprüfung

(1) Das Rechnungsjahr entspricht dem Kalenderjahr.

(2) Die Mitgliederversammlung wählt eine/n Kassenprüfer/in die/der nicht Mitglied des Vorstandes sein darf. Die Amtszeit beträgt zwei Jahre. Wiederwahl ist möglich.

(3) Die/der Kassenprüfer/in prüft die Belege einmal jährlich sachlich und rechnerisch. Der Bericht wird dem Vorstand und der Mitgliederversammlung mündlich vorgetragen. Die/der Kassenprüfer/in beantragt nach ordnungsgemäßer Prüfung die Entlastung des/der Kassenwartes/in und des Vorstandes.

§ 12 Satzungsänderungen

(1) Satzungsänderungen formeller Art, die durch behördliche Auflagen oder ähnliches erforderlich werden, kann der Vorstand in eigener Zuständigkeit beschließen und durchführen.

(2) Zu einem Beschluss, der eine Änderung der Satzung, die über § 12 Abs. 1 hinausgeht, ist eine Dreiviertelmehrheit der erschienenen Mitglieder erforderlich. Die Mehrheit ist aus der Summe der gültigen Ja- und Nein-Stimmen zu errechnen.

(3) Zur Änderung des Vereinszwecks ist die Zustimmung aller Mitglieder erforderlich. Die Zustimmung der nicht erschienenen Mitglieder muss schriftlich erfolgen.

§ 13 Auflösung des Vereins

(1) Die Auflösung des Vereins kann nur in einer zu diesem Zweck einberufenen Mitgliederversammlung mit drei-viertel-Mehrheit der anwesenden Mitglieder beschlossen werden.

(2) Bei Auflösung des Vereins, bei seinem Erlöschen oder bei Wegfall seines bisherigen Vereinszwecks fällt das Vermögen des Vereins,

a) an den Träger der Guldeinschule,

oder

b) an eine Körperschaft des öffentlichen Rechts, vorzugsweise die Stadt München.

Die Mittel sind für die Förderung von Erziehung und Bildung gemäß der vorliegenden Satzung zu verwenden.

§ 14 Gerichtsstand

(1) Der Gerichtsstand des Vereins ist München.